

Amtsblatt

Elektronisches Verkündungsblatt für
den Landkreis Hameln-Pyrmont

Bereitgestellt am 19.10.2023

Nr. 25/2023

Inhaltsverzeichnis:

Seite

A: Bekanntmachungen des Landkreises Hameln-Pyrmont

1. Ergebnis der Vor-Ort-Besichtigung nach § 52a Abs. 5 BImSchG (IED-Inspektion)	2
2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Hameln-Pyrmont	3
3. Rechnungsprüfungsordnung des Landkreises Hameln-Pyrmont	4 - 7
4. Ergebnis des Screening-Verfahrens gemäß § Abs. 2 UVPG für die Renaturierung der Saale als Gewässer II. Ordnung unterhalb von Benstorf im Überschwemmungsgebiet der Saale	8
5. Ergebnis des Screening-Verfahrens gemäß § 5 Abs. 2 UVPG für die Aueanbindung an der Saale als Gewässer II. Ordnung unterhalb von Quanthof	9

Ergebnis der Vor-Ort-Besichtigung nach § 52a Abs. 5 BImSchG	
Zuständige Überwachungsbehörde:	Umweltamt des Landkreises Hameln-Pyrmont
Datum der Vor-Ort-Besichtigung:	29.08.2023
Betreiber:	Stefan Mahlstedt
Betriebsstandort (Adresse):	31863 Coppenbrügge, Hohnser Str. 7 Gemarkung Hohnsen, Flur 4, Flurstück 56/13
Nummer gemäß Anhang 1 der 4. BImSchV:	7.1.3.1
Bezeichnung gemäß Anhang 1 der 4. BImSchV:	40.000 oder mehr Mastgeflügelplätze
<p>Fazit:</p> <p>Wurden schwerwiegende Mängel (schwerwiegender Verstoß gegen Genehmigungsaufgaben) festgestellt, die eine zusätzliche Vor-Ort-Besichtigung innerhalb von sechs Monaten erfordern?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein</p> <p>Wenn ja, welche:</p>	
Mängel	Beseitigung bis
Datum Nachprüfungstermin:	
Datum nächste reguläre Vor-Ort-Besichtigung:	2026

**Änderung der SATZUNG
ÜBER DIE ERHEBUNG VON GEBÜHREN
FÜR DIE TÄTIGKEIT DES RECHNUNGSPRÜFUNGSAMTES
DES LANDKREISES HAMELN-PYRMONT**

Aufgrund der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21.06.2023 (Nds. GVBl. S. 111), hat der Kreistag des Landkreises Hameln-Pyrmont in seiner Sitzung am 04.10.2023 für das nach § 153 Abs. 1 NKomVG eingerichtete Rechnungsprüfungsamt folgende Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes beschlossen:

Artikel 1

§ 2 der Satzung erhält folgende Fassung:

§ 2 – Gebühren –

(1) Über den zeitlichen Prüfaufwand ist ein Stundennachweis zu führen. Die Prüfungsgebühr wird nach dem jeweils geltenden Kostentarif nach der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen des Landes Niedersachsen (Allgemeine Gebührenordnung - AllGO-) gem. § 1 Absatz 4, Ziffer 3c für Beamtinnen und Beamte und vergleichbare Beschäftigte erhoben.

(2) Prüfungszeiten unter 30 Minuten werden jeweils auf eine halbe Stunde, Prüfungszeiten über 30 Minuten jeweils auf eine volle Stunde aufgerundet. Mit der Gebühr ist der Personal- und Sachaufwand einschließlich der Reise- und Fahrtkosten abgegolten. Vor- und Nachbereitungszeiten werden abweichend von der AllGO nicht mit in die Gebührenberechnung einbezogen. Besondere sächliche oder personelle Aufwendungen aus Anlass einer Prüfung sind zu erstatten.

(3) Die Prüfungsgebühr ist innerhalb eines Monats nach Anforderung an die Kreiskasse des Landkreises Hameln-Pyrmont zu zahlen. Gegen die Gebührenfestsetzung finden die Rechtsmittel der Verwaltungsgerichtsordnung Anwendung.

(4) Sofern das Rechnungsprüfungsamt für andere Körperschaften, Organisationen oder Vereine tätig wird, sind die Kosten nach Absatz 1 abzurechnen, es sei denn, im Einzelfall wird etwas anderes bestimmt.

(5) Sollten die Leistungen des Rechnungsprüfungsamtes nach Festsetzung der Finanzverwaltung der Umsatzsteuer unterliegen, hat der Leistungsempfänger, ggfs. auch rückwirkend, die Umsatzsteuer zusätzlich zu der satzungsgemäß festgelegten Prüfgebühr, welche dann als Nettobetrag gilt, zu entrichten.

Artikel 2

§ 3 der Satzung erhält folgende Fassung:

§ 3 - Inkrafttreten

Diese Satzungsänderung tritt am 01.01.2024 in Kraft.

Rechnungsprüfungsordnung des Landkreises Hameln-Pyrmont

Aufgrund der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21.06.2023 (Nds. GVBl. S. 111), hat der Kreistag des Landkreises Hameln-Pyrmont in seiner Sitzung am 04.10.2023 für das nach § 153 Abs. 1 NKomVG eingerichtete Rechnungsprüfungsamt folgende Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung beschlossen:

Präambel

Gemäß § 153 NKomVG hat der Landkreis Hameln-Pyrmont ein Rechnungsprüfungsamt eingerichtet. Ziel der örtlichen Rechnungsprüfung ist es, ein ordnungsgemäßes und wirtschaftliches Verwaltungshandeln zu fördern und dolose Handlungen zu verhindern. Die gesetzlich normierte Stellung und die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes ergeben sich insbesondere aus den §§ 153 bis 158 NKomVG. Der Landkreis Hameln-Pyrmont und die Stadt Hameln haben zur gemeinsamen Erfüllung der Rechnungsprüfungsaufgaben mit Vertrag vom 13.11.2018 die Bürogemeinschaft der Rechnungsprüfungsämter eingerichtet. Seit Bildung der Bürogemeinschaft werden die Rechnungsprüfungsaufgaben einheitlich wahrgenommen. Solange die Bürogemeinschaft besteht, beziehen sich alle Bestimmungen dieser Satzung auf deren Tätigkeit.

§ 1 – Aufgaben und Status des Rechnungsprüfungsamtes

(1) Neben den gesetzlichen Aufgaben überträgt der Kreistag dem Rechnungsprüfungsamt nach § 155 Abs. 2 NKomVG folgende weitere Aufgaben:

1. Die Prüfung der Vorräte und Vermögensbestände,
2. die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit,
3. die Prüfung der Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe und der kommunalen Stiftungen,
4. die Prüfung der Betätigung der Kommune bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Kommune unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist,
5. die Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Kommune eine solche Prüfung bei einer Beteiligung bei der Gewährung eines Kredits oder sonst vorbehalten hat,
6. die Prüfung der Abschlüsse der kommunalen Stiftungen nach § 135 Abs. 1 Satz 2 NKomVG und der Abschlüsse der kommunalen Stiftungen, über die die Kommune die Aufsicht führt.

(2) Dem Rechnungsprüfungsamt wird die Möglichkeit gegeben, die o.g. Prüfungen einschließlich der laufenden Kontrolle der Derivate durchzuführen. Das Rechnungsprüfungsamt entscheidet selbstständig, inwieweit Prüfungen in diesen Bereichen vorgenommen werden. Die Ausgestaltung und die Prüfungsintensität der möglichen Prüfungen obliegen dem Rechnungsprüfungsamt.

(3) Dem Rechnungsprüfungsamt obliegt auch die Prüfung der Jahresabschlüsse der kommunalen Anstalten und Eigenbetriebe gemäß § 147 und § 157 NKomVG, sofern

nichts anderes festgelegt ist. Darüber hinaus können dem Rechnungsprüfungsamt weitere Prüfaufträge übertragen werden.

(4) Sofern nichts anderes bestimmt wird, sind die Kosten für das Tätigwerden des Rechnungsprüfungsamtes nach den allgemeinen Personal- und Sachkostensätzen der Verwaltung abzurechnen.

(5) Einzelregelungen dieser Satzung beziehen sich vorrangig auf die Rechnungsprüfungsaufgaben innerhalb der Kreisverwaltung. Die Rechnungsprüfung in den kreisangehörigen Kommunen richtet sich nach § 153 Abs. 3 NKomVG. Für die Gebührenerhebung wird eine gesonderte Satzung erlassen.

§ 2 – Aufgabenwahrnehmung und Befugnisse des Rechnungsprüfungsamtes

(1) Die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes ist dem Kreistag gegenüber für die ordnungsgemäße und zeitgerechte Erledigung der Prüfgeschäfte verantwortlich. Sie teilt dem Prüfpersonal die Arbeitsgebiete im Rahmen eines Aufgabenverteilungsplanes zu, stellt jährliche Prüfpläne auf und regelt durch Dienstanweisung oder Anordnung die Prüfaufgaben des Prüfpersonals. Die Leitung kann für einzelne Prüfaufgaben Prüftiefen unter Berücksichtigung einer Risikobewertung festlegen.

(2) Die Prüferinnen und Prüfer führen die Prüfungen in den ihnen übertragenen Aufgabengebieten in eigener Verantwortung durch.

(3) Das Rechnungsprüfungsamt ist im Rahmen der Prüfungsaufgaben berechtigt, alle für die Prüfung notwendigen Auskünfte, Akten, Schriftstücke und sonstigen Unterlagen im Original oder Kopie sowie den Zugriff auf Datenbestände und Datenträger auf Anforderung zu erhalten. Hierzu ist den Prüferinnen und Prüfern Zutritt zu allen Diensträumen, Behältnissen und Grundstücken sowie Baustellen zu gewähren.

(4) Die zu prüfenden Bereiche haben die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Prüfung ordnungsgemäß durchgeführt werden kann. Die Prüfungen können ohne vorherige Anmeldung an Ort und Stelle durchgeführt werden. Lässt es der Prüfungszweck zu, informiert das Rechnungsprüfungsamt den fachlich zuständigen Bereich bzw. das Sondervermögen vorab über die durchzuführende Prüfung.

(5) Unbeschadet seiner funktionalen Unabhängigkeit ist das Rechnungsprüfungsamt der Landrätin bzw. dem Landrat unterstellt. Daher gelten für das Rechnungsprüfungsamt die allgemeinen internen Regelungen, soweit dem nicht gesetzliche Bestimmungen oder diese Rechnungsprüfungsordnung entgegenstehen.

(6) Dem Rechnungsprüfungsamt ist die Teilnahme an Arbeitsgesprächen und Sitzungen einzuräumen, ebenso die Teilnahme an Sitzungen der politischen Gremien.

(7) Der Schriftverkehr des Rechnungsprüfungsamtes erfolgt eigenverantwortlich und unterliegt der Vertraulichkeit. Als Dienststellenbezeichnung wird aufgrund der Einrichtung der Bürogemeinschaft verwendet: Bürogemeinschaft Rechnungsprüfungsamt Stadt Hameln / Landkreis Hameln-Pyrmont.

§ 3 – Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes

(1) Die fachlich zuständigen Bereiche und Sondervermögen der Kreisverwaltung beteiligen das Rechnungsprüfungsamt bei wesentlichen Änderungen von Verwaltungsabläufen organisatorischer, haushaltsrechtlicher- und kassenrechtlicher Art. Die Beteiligung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass das Rechnungsprüfungsamt im Vorfeld der Entscheidung begleitend mitwirken kann.

(2) Das Rechnungsprüfungsamt ist unverzüglich zu unterrichten bei

1. Verdacht oder Vorliegen von dienstlichen Veruntreuungen, Unterschlagungen oder vergleichbaren Sachverhalten,
2. Kassenfehlbeständen,
3. Eintritt anderer materieller oder immaterieller Schäden für die Kommune,
4. Angriffen oder schwerwiegenden Störungen in EDV-Systemen (§ 8b Abs. 4 Nr. 2 BStG).
5. Unregelmäßigkeiten im Dienstbetrieb mit nicht nur geringfügigen finanziellen Auswirkungen.

§ 4 – Zusammenarbeit und Berichtspflicht

(1) Über Prüfungen wird in der Regel ein schriftlicher Prüfungsbericht gefertigt. Geringfügige Feststellungen können im Verlauf der Prüfung ausgeräumt werden. In diesem Fall ist von einer Prüfungsbemerkung im Bericht abzusehen. Die Art der Erledigung ist im Prüfungsvermerk festzuhalten. Über wesentliche Beanstandungen und Fragen von nicht unerheblicher Bedeutung ist in jedem Fall ein schriftlicher Prüfungsbericht zu fertigen, der den in Betracht kommenden Stellen zur Abstellung der Mängel zuzuleiten ist.

(2) Zu Berichten, Prüfungs- und Arbeitsvermerken des Rechnungsprüfungsamtes nehmen die fachlich zuständigen Organisationseinheiten Stellung. Dabei sind die vom Rechnungsprüfungsamt gesetzten Fristen einzuhalten. Alle Hinweise des Rechnungsprüfungsamtes zu Verwaltungsvorlagen sind den Entscheidungsgremien vollständig mitzuteilen.

(3) Die Verwaltungsführung und die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes führen regelmäßig Gespräche über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung.

(4) Über die dem Rechnungsprüfungsamt bekanntgewordene Verfehlungen, Unregelmäßigkeiten und sonstige wesentliche Prüfauffälligkeiten berichtet das Rechnungsprüfungsamt der Verwaltungsleitung in angemessener Frist. Sofern für die Kommune ein erheblicher Schaden droht oder bereits entstanden ist, berichtet das Rechnungsprüfungsamt der Verwaltungsführung unverzüglich. Gleiches gilt, wenn das Rechnungsprüfungsamt eine Prüfungsdurchführung als beeinträchtigt bewertet.

(5) Der Ausschuss für Finanzen soll über wesentliche Prüfberichte und Ergebnisse unterrichtet werden. Vom Rechnungsprüfungsamt angemeldete Drucksachen sind in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufzunehmen. Darüber hinaus erhält der Kreistag im Rahmen des Schlussberichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses einen Nachweis über die durchgeführten Prüfungen.

(6) Zur Sicherung eingeplanter Fördermittel ist das Rechnungsprüfungsamt ab der Beantragungsphase zu einer projektbegleitenden Beratung und Prüfung einzubeziehen. Die Vorlagepflicht von Verwendungsnachweisen ergibt sich aus den Bestimmungen und Nebenbestimmungen der Zuwendungsbescheide der Fördermittelgeber. Vorlagepflichtige Verwendungsnachweise mit den erforderlichen Unterlagen sind dem Rechnungsprüfungsamt mindestens drei Wochen vor Ende der Abgabefrist vorzulegen; andere Prüfzeiträume sind im Einzelfall mit dem Rechnungsprüfungsamt zu vereinbaren.

§ 5 – Vergabeprüfungen und Visakontrollen, Sonderprüfungen

(1) Zur Prüfung von Vergaben, Nachtragsvergaben, Auftragserweiterungen und Rahmenvereinbarungen sind dem Rechnungsprüfungsamt rechtzeitig vor der Auftragserteilung alle Ausschreibungs- und Angebotsunterlagen für Lieferungen und Dienstleistungen, Bauleistungen und Leistungen freiberuflich Tätiger (§ 18 EStG) vorzulegen, wenn deren Angebotssumme die durch Verfügung des Rechnungsprüfungsamtes festgelegten Wertgrenzen übersteigt.

Zur Prüfung sind dem Rechnungsprüfungsamt alle aktuellen und vorangegangenen Nachträge und Auftragserweiterungen vorzulegen, sofern die Gesamtauftragssumme die Vorlagengrenze oder die Auftragserweiterung 50 v. H. des ursprünglichen Auftragswertes erreicht oder übersteigt.

(2) In Ausführung des § 155 (1) NKomVG sind bei der Kreiskasse, den Gemeindekassen und den Sonderkassen des Sondervermögens regelmäßig unvermutete Kassenprüfungen vorzunehmen.

(3) Dem Rechnungsprüfungsamt ist vorbehalten, Visakontrollen anzuordnen. Art und Umfang der Visakontrolle wird durch das Rechnungsprüfungsamt bestimmt. Die der Visakontrolle unterliegenden Anordnungen sind dem Rechnungsprüfungsamt so rechtzeitig vorzulegen, dass eine ordnungsgemäße Prüfung unter Beachtung etwaiger Zahlungsfristen möglich ist.

(4) Dem Rechnungsprüfungsamt ist weiter vorbehalten, Sonderprüfungen in allen Zuständigkeitsbereichen durchzuführen.

§ 6 – Inkrafttreten

Diese Rechnungsprüfungsordnung tritt am 01.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Rechnungsprüfungsordnung vom 01.01.2009 außer Kraft.

Ergebnis des Screening-Verfahrens gemäß § 5 Abs. 2 UVPG

für die Renaturierung der Saale als Gewässer II. Ordnung unterhalb von Benstorf im Überschwemmungsgebiet der Saale

Der Leineverband, Borsigstraße 21, 37154 Northeim, hat am 30.05.2023 die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens für die Strukturverbesserung der Saale unterhalb von Benstorf als Gewässerausbaumaßnahme gemäß § 68 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31.07.2009 (Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 51, S. 2585 ff.) in Verbindung mit § 53 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) und gemäß § 78 WHG für die Lage im festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Saale beantragt.

Bei der Gewässerausbaumaßnahme handelt es sich um ein Vorhaben gemäß Ziffer 13.18.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 24.02.2010 (BGBl. I. S. 94 ff.) in der z.Z. geltenden Fassung und in Spalte 2 mit einem „S“ versehen.

Damit ist gemäß § 7 Abs. 1 UVPG in Verbindung mit der genannten Anlage 1 eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles für das Vorhaben erforderlich.

Die Vorprüfung der entscheidungserheblichen Daten und Unterlagen für die Strukturverbesserung der Saale unterhalb Benstorf als Gewässerausbaumaßnahme im Überschwemmungsgebiet der Emmer hat zu dem Ergebnis geführt, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Gemäß § 5 Abs. 2 UVPG wird dieses Ergebnis hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbstständig anfechtbar ist.

Landkreis Hameln-Pyrmont
Der Landrat
Umweltamt
Az.: 52.12-211/5-09/23-10

Hameln, den 11.10.2023

Im Auftrag

Podzelny

**Ergebnis des Screening-Verfahrens gemäß § 5 Abs. 2 UVPG
für die Auenanbindung an der Saale als Gewässer II. Ordnung
unterhalb von Quanthof**

Der Leineverband, Borsigstraße 21, 37154 Northeim, hat am 04.07.2023 die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens für die Auenanbindung an der Saale unterhalb von Quanthof als Gewässerausbaumaßnahme gemäß § 68 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31.07.2009 (Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 51, S. 2585 ff.) in Verbindung mit § 53 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) und gemäß § 78 WHG für die Lage im festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Saale beantragt.

Bei der Gewässerausbaumaßnahme handelt es sich um ein Vorhaben gemäß Ziffer 13.18.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 24.02.2010 (BGBl. I. S 94 ff.) in der z.Z. geltenden Fassung und in Spalte 2 mit einem „S“ versehen.

Damit ist gemäß § 7 Abs. 1 UVPG in Verbindung mit der genannten Anlage 1 eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles für das Vorhaben erforderlich.

Die Vorprüfung der entscheidungserheblichen Daten und Unterlagen für die Auenanbindung an der Saale unterhalb von Quanthof als Gewässerausbaumaßnahme im Überschwemmungsgebiet der Saale hat zu dem Ergebnis geführt, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Gemäß § 5 Abs. 2 UVPG wird dieses Ergebnis hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbstständig anfechtbar ist.

Landkreis Hameln-Pyrmont
Der Landrat
Umweltamt
Az.: 52.12-211/5-09/23-10

Hameln, den 12.10.2023

Im Auftrag

Podzelny
